

- (50) Singapurs Wirtschaftswachstum 10% im ersten Quartal 1984
- (51) Die singapurische Landwirtschaft und Fischerei 1983
- (52) Singapurs Raffinerien noch immer in Schwierigkeiten
- (53) Gute Geschäftsaussichten für Singapurs Hafen. Werften müssen kämpfen
- (54) Computerproduktion/Computereinsatz in Singapur. Auch Venus setzt EDV ein
- (55) Singapurs Manager verdienen gut
- (56) Ungelöste Widersprüche: Suche nach Arbeitskräften bei restriktiver Vergabe von Arbeitserlaubnissen
- (57) Steuerbelastung für ausländische Beschäftigte in Singapur niedriger als in anderen ASEAN-Staaten
- (58) Die SIA bildet drei Betriebs-gewerkschaften

BRUNEI

EINIGE SIND GLEICHER

DIE NEUE REGIERUNG VERDRÄNGT CHINESEN AUS IHREN ANGESTAMMTEN BERUFEN UND ERSETZT SIE DURCH MALAIEN

Die Hoffnungen der internationalen Staatengemeinschaft, daß das kleine Brunei schnell mit seiner Position als vollständig unabhängiger Staat zu rechtekommen würde, nachdem es im Januar die letzten kolonialen Bindungen an Großbritannien abgeschnitten hat, haben sich bisher als unbegründet erwiesen. Wenn überhaupt hat sich das ölfreiche südostasiatische Sultanat nach glaubhaften Berichten aus der Hauptstadt Bandar Seri Begawan politisch und wirtschaftlich zum Schlechten gewandt. Dies hauptsächlich wegen der offensichtlichen Verschlechterung der Situation in der chinesischen Bevölkerungsgruppe, die ca. 60.000, d.h. 30 % der geschätzten 200.000-Gesamtbevölkerung ausmacht und die beherrschende Kraft im privaten Sektor stellen. Gemäß einem gut informierten, häufigen Besucher Bruneis, wo regierungsamtliche Informationen spärlich sind und Zugang zu offiziellen Stellen schwierig ist, hat sich die Stellung der Chinesen in den 6 Monaten seit der völligen Unabhängigkeit grundlegend verschlechtert. Besonders betroffen sind die, die ohne Staatsangehörigkeit sind, die Mehrheit des chin. Bevölkerungsteils. Bruneis unermeßlicher Reichtum, mit 28 Mrd. B\$ (= 13,03 Mrd. US\$) an Reserven, ist bisher fast ausschließlich durch seine Öl- und Erdgas-Industrie beigesteuert worden. Einheimische Chinesen und Auswanderer stellen in der Vergangenheit das angestammte Arbeitskräfte-Reservoir. Erdölverbundene Zulieferindustrie war ebenfalls überwiegend Domäne der Chinesen.

Nun steht SHELL - Bruneis Öl-Monopolgesellschaft, die sich die Anteile 50:50 mit der Regierung Bruneis teilt - unter zunehmendem öffentlichen Druck, Arbeitskräfte vom größeren malaisischen Bevölkerungsteil einzustellen. Mehr als ein Öl-Unternehmer hat inoffiziell beklagt, daß malaisische Arbeitskräfte bei Tätigkeiten, wie Bedienung von Hochsee-Bohrtürmen, sich als weniger nützlich erwiesen haben als ihre chinesischen Konkurrenten. Aber die Ölindustrie-Arbeitgeber müssen sich mit Bruneis 'Dumiputra first'-Politik abfinden, obwohl die meisten der 120.000 Malaien froh gewesen sind, einen der lukrativen Jobs im öffentlichen Dienst zu bekommen. Im Erdölverbundenen industriellen Sektor werden die Chinesen ebenfalls, mit offizieller Unterstützung, von den Malaien verdrängt.

nach informierten Quellen

Einige der betroffenen Unternehmen haben direkte Verbindung zur königlichen Familie. Am Unabhängigkeitstag übernahm der 38-jährige Sultan Sir Muda Hassanal Bolkiah das Amt des Premierministers, des Innenministers und des Finanzministers. Seine Brüder Prinz Mohamad und Prinz Jefri wurden Außenminister bzw. Kulturminister, wobei Jefri auch das Amt des stellvertretenden Finanzministers ergatterte. Verlässlichen Berichten zufolge, sind alle abgesehen von ihren Kabinettsposten auch kommerziell tätig. Einen ähnlichen Vorstoß der Malaien hat es in der Bauindustrie gegeben, einem der am stärksten expandierenden Nicht-Öl-Sektoren der Wirtschaft Bruneis. Nun ist es in der Bauindustrie 'zu einem Stillstand' gekommen. Dies alles läßt den chinesischen Unternehmern und Managern wenig Handlungsspielraum. Sie können lediglich in der Hauptstadt und dem anderen städtischen Zentrum Kuala Belait, an der Westgrenze mit Sarawak, ihre Geschäfte betreiben. Selbst die chinesischen Geschäftsleute, die im Import-Export-Handel, Bruneis Hauptstütze, betätigen, haben seit der Unabhängigkeit immer mehr Schwierigkeiten bekommen.

Vor der Unabhängigkeit hatten Chinesen, die nicht Staatsbürger Bruneis waren, schätzungsweise 75 - 90 % der chinesischen Gemeinschaft, einen Pass als 'Britisch geschützter Bürger', der es ihnen erlaubte, frei zu reisen. Nun, nachdem Großbritannien nicht länger für die äußeren Angelegenheiten des Staates verantwortlich ist, müssen sie einen Antrag auf

eine internationale Identitätskarte als Staatsbürger Bruneis stellen. Das schränkt ihre Reisen ziemlich ein, zumal sie die Behörden jedesmal, wenn sie das Land verlassen wollen, um Erlaubnis fragen müssen. Während ein Visum für die Reise ins nahe Singapur - bei weitem der größte Handelspartner - nur 48 Stunden beansprucht, dauert die Erlaubnis, ein Reiseziel wie Hongkong oder Malaysia, zu besuchen, zwei Wochen oder mehr.

Ein Grund der Regierung, die Außenkontakte der Chinesen einzuschränken, kann die tiefsitzende Furcht des islamischen Sultanats vor Kommunismus sein. Aber Brunei ist kein Agrarland, wie ein Beobachter herausstrich, und von daher leben auch keine Chinesen im Dschungel, wie z.B. in Thailand oder Malaysia, wo es erfahrene, zumeist chinesisch geführte, kommunistische Aufständische gibt.

Viel wahrscheinlicher, und drohender, ist es, daß der Sultan und seine Berater den Anteil der Chinesen an der Gesamtbevölkerung auf einen überschaubaren Prozentsatz senken will, indem er sie ermutigt, sich anderswo niederzulassen. Tausende frustrierte Chinesen sind in den letzten Jahren nach Kanada oder Australien ausgewandert, und die Behörden Bruneis sind sicherlich froh, daß der Trend weitergeht oder sogar zunimmt. Wenn Chinesen, die nicht Staatsbürger sind, die Staatsbürgerschaft beantragen wollen, müssen sie zunächst nachweisen, daß sie zwanzig der letzten 25 Jahre in Brunei gelebt haben, davon ununterbrochen in den letzten 3 Jahren. Sie müssen sich einer strengen Prüfung der malaischen Sprache unterziehen, die sich aber nicht auf Kenntnisse der Sprache beschränkt, sondern ebenso andere nicht zur Sache gehörige Themen beinhaltet. Neben der größeren Sicherheit, die die Staatsbürgerschaft den Chinesen gibt, ermöglicht sie auch, den Ankauf von Land zu beantragen, zur freien medizinischen Behandlung zugelassen zu werden und andere Privilegien. Der Sultan hat 1983 der örtlichen chinesischen Wirtschaftskammer versichert, "Nicht-Staatsbürger" würden auch weiterhin geschützt. Viele Chinesen vertrauen dem Sultan als ihrem Beschützer in einer überwiegend islamischen Gemeinschaft, besonders weil der die islamischen Werte nicht zu sehr herausstreicht, aber die gegenwärtige Situation ist doch, gelinde gesagt, irritierend.

In der Zwischenzeit tritt die Wirtschaft abgesehen von Öl- und Gasproduktion weiterhin auf der Stelle. Es hat wenig

sichtbare Zeichen gegeben, daß der Staat seine Abhängigkeit vom Öl auf andere Bereiche zu verteilen versucht. Vor zwei Jahren wurde viel von der Nutzbarmachung der riesigen Silikatvorkommen des Landes für die optische und Mikrochip-Industrie gesprochen, aber bislang ist noch nichts vorangekommen. Nach der Unabhängigkeit wurde vom Sultan erwartet, daß er seine Regierung zu einem ministerialen System umgestaltet. Aber da alle wichtigen Ämter von Familienmitgliedern kontrolliert werden - sein Vater Sir Omar Ali Saifuddin ist Verteidigungsminister - ist das System in Wirklichkeit immer noch absolute Monarchie. Das einzige Ministerium, welches befriedigende Fortschritte zu machen scheint, ist das Außenministerium. Unter Mohamad, hat es nun Botschaften in allen Hauptstädten der ASEAN-Partner eingerichtet, macht Vorstöße in die islamischen Länder und wird voraussichtlich zur UNO-Vollversammlung im Oktober eine Botschaft bei den Vereinten Nationen eingerichtet haben. Mohamad hat ein fähige, rechte Hand, Lim Jock Sing, der der ASEAN-Abteilung des Ministeriums vorsteht.

Obwohl das Sultanat abgesehen von der Außenpolitik und der Verteidigung seit 1959 volle Autonomie von Großbritannien hat, ist es noch in einem sehr frühen Stadium der vollen Unabhängigkeit. Die Briten, so glaubt man, haben erwartet, daß Brunei 3 Monate nach der Unabhängigkeit, im April, Schritte unternehmen würde, die das ehemalige Protektorat voll ins Weltgeschehen einbringt, sind aber enttäuscht worden. Wie dem auch sei, mit einem Jahresüberschuß von mehr als 6 Mrd. B\$, hat Brunei mehr als genug Geld, um abzuwarten.

Rodney Tasker (Singapore)
aus FEER, 9.8.84

LITERATURHINWEISE

Günter Siemers, Brunei. Ein politisch-wirtschaftlicher Überblick, in: Südostasien-aktuell, Nov.83, S. 558 - 569

Günter Siemers, Militär in Brunei, in: Südostasien-aktuell, Mai 84, S. 158 - 163

INDONESIEN

RECHT AUF PROTEST: ZUM TODE DES EHEMALIGEN AUSSENMINISTERS ADAM MALIK

Im August wollte er noch Palästinenser-Führer Arafat empfangen (was die Regierung nicht gestattete!), im September starb er, 67-jährig, in Bandung an Leberkrebs: Adam Malik, der frühere indonesische Außenminister und Vizepräsident, ein Patriot und Staatsmann, der nach seinem Tod mit Sicherheit als Volksheld verehrt werden wird: Mehr als 10 000 Menschen begleiteten Malik zu seiner letzten Ruhestätte, dem Heldenfriedhof Kalibata nördlich von Jakarta. Dort hießte ein früherer Freiheitskämpfer auf einer Bambusstange die rotweiße Fahne Indonesiens, so wie es die nationalistische Bewegung Indonesiens beim Tode eines ihrer Mitglieder vorsieht.

Auch im Nachbarland Malaysia wurde der Tod Maliks bedauert. Premierminister Mahatir betonte Maliks Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und dessen Rolle im Staatenbund ASEAN. "Ein großes Licht ist erloschen", hieß es aus Kuala Lumpur.

Sehr viel stiller war Präsident Suharto. Dessen Beziehungen zu dem Ex-Vize hatten sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert, seitdem Malik mehr und mehr auf Distanz zur Regierungspolitik gegangen war. "Ich habe ein Recht zu protestieren, weil ich ein Indonesier bin," rechtfertigte Malik seine Attacken gegen die sogenannten "Todeschwadronen", denen in den letzten Jahren 1000e von Menschen auf offener Straße zum Opfer gefallen sind.

EIN KLUGER KOPF

Geboren wurde Adam Malik am 22. Juli 1917 in Pematang Siantar, Nord Sumatra. Als eines von elf Kindern wurde er auf eine islamische Schule geschickt - wohl mit dem Ziel, daß er später einmal selbst ein Lehrer des Islams werden sollte. Von seinem Vater bekam er relativ früh einen kleinen Laden, in dem er seine Zeit mit dem Studium von Büchern verbrachte. Die Methode der Autodidaktik empfahl er auch seinen Freunden: "Bilde Dich weiter! Wer weiß: Vielleicht steckt in Dir ein kluger Kopf!"

Mit politische Aktivitäten begann er bereits als Teenager. Mit 17 Jahren wurde er Vorsitzender der Partindo (= Indonesische Partei) in seinem Hei-

matort.

1934 steckte ihn die holländische Gheimpolizei für zwei Monate ins Gefängnis, weil er gegen das Versammlungsverbot verstoßen hatte. Wenig später ging Malik nach Jakarta, wo er als Journalist tätig war.

Als Mitglied der Jugendbewegung hatte er auch großen Verdienst an der Unabhängigkeitserklärung vom 17. August 1945. Einen Tag zuvor hatten Malik und andere Mitglieder seiner Organisation Sukarno und Hatta, den späteren Präsidenten und Vizepräsidenten der Republik, geradezu gekidnappt, um sie davon zu überzeugen, daß die Zeit nun reif sei: Am nächsten Morgen hatte Sukarno die Unabhängigkeitserklärung fertig und verkündete sie.

Nicht einmal die Jugendlichen selbst hatten zu dieser Zeit damit gerechnet, daß diese Proklamation ein Erfolg sein würde. Viele wären schon glücklich gewesen, die indonesische Flagge nur wenige Stunden über dem heimatlichen Boden wehen zu sehen.

VON LINKS NACH RECHTS

Als politische Persönlichkeit ist Adam Malik sehr schillernd, doch auch schwer einzuordnen. Seiner "linken Seite" gehorchte er vor allem in den 40er Jahren. Zunächst stand er der Einheitsfront "Persatuan Perjuangan" nahe, deren Hauptforderungen die Bildung einer Voksregierung und einer Volksarmee sowie die Nationalisierung der holländischen Betriebe und Plantagen waren. Später saß er im Vorstand der MURBA, einer Parei mit trotzkistischem Stempel.

1959 schickte Sukarno Adam Malik als Botschafter in die Sowjetunion und nach Polen.

Als der politische Wind 1965 scharf nach rechts zu blasen begann, vollzog auch Malik einen Rechtsruck. Als erstes Anzeichen dafür wird die Entscheidung Maliks gesehen, das Auslandskapital nach Indonesien zu holen. Außerdem enttäuschte er viele politische Freunde mit seinem Einsatz für die Annektion Ost-Timors. Bereits ein Jahr nach der Machtübernahme holte ihn Suharto in sein Kabinett: Malik, der Nicht-Javaner und der Nicht-Militär, der erfahrene Diplomat und als Antikommunist ausgewiesene Staatsmann, war die richtige Person, um im Kabinett der Militärs Ausgewogenheit zu demonstrieren.